

Pressemitteilung vom 16. November 2011

Sofortige Aufklärung der rechtsradikal motivierten Morde und Anschläge an Migranten.

Die Ereignisse der letzten Tage sind sehr besorgniserregend. Die Sicherheitsbehörden unseres Landes werden in einem Atemzug mit rechtsextremen Gruppen genannt. Es häufen sich Hinweise, dass sie sogar gemeinsame Sache mit Terroristen gemacht haben.

Diese Ereignisse verlangen nach schneller Aufklärung. In den letzten Jahren haben in Deutschland, möglicherweise unter Beobachtung und mit Wissen der Sicherheitsbehörden, rechtsextrem motivierte Gewalttäter Verbrechen begangen.

Dies gilt auch für den Anschlag, der 2004 in Köln mit einer sogenannten Nagelbombe in der Keupstraße verübt wurde. Dabei wurden 22 Menschen verletzt. Die Attentäter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Das Vertrauen der Migranten in die Sicherheitsbehörden ist rapide gesunken.

Die neue „Qualität“ des Rechtsradikalismus wirft Fragen auf. Wie konnten die sogenannten Dönermorde und der Anschlag in Köln so lange unaufgeklärt bleiben? Eine schnelle und gründliche Ermittlung der Gründe hierfür ist unerlässlich.

Diese neue Entwicklung des rechtsextremen Terrors zeigt, wie wichtig es für die Politik und die Sicherheitsbehörden ist, den Rechtsradikalismus nicht zu unterschätzen und intensivere Anstrengungen zur Bekämpfung dieser Gewalt zu unternehmen. Des Weiteren sind Präventivmaßnahmen zur Verhinderung und Verbreitung rechtsradikalen Gedankenguts in den letzten Jahren zurückgefahren und unterlassen worden. Bundesfamilienministerin Schröder wäre gut beraten, statt Mittel für Studien bereitzustellen, die Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit schüren, mit diesem Geld extremistische Entwicklungen in unserem Land zu bekämpfen.

Hierzu Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen: „Wir dürfen nicht zulassen, dass eine kleine Gruppe Rechtsradikaler unsere demokratischen Grundwerte zerstört und die Gesellschaft verunsichert. Vielmehr müssen alle Beteiligten in Politik, Verwaltungen und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen.“

Es müssen verstärkt bessere aufklärende und vorbeugende Aktivitäten zur Bekämpfung rechtsextremistischen Gedankenguts entwickelt werden. Ebenso muss die Bundesregierung Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ergreifen.

In den aktuellen Fällen muss ebenso eine lückenlose Aufklärung der möglichen Verwicklung von Sicherheitsbehörden in die Verbrechen erfolgen. Die oberste Aufgabe ist der Schutz unserer Demokratie.“